

**NHB**Beirat für Nachhaltige Entwicklung

Beiräte:

Prof. Dr. Manfred Stock (Vorsitz), Prof. Dr. Dr. Martina Schäfer (stellv. Vorsitz), Prof. Dr. Reiner Brunsch (stellv. Vorsitz), Prof. Dr. Ingo Balderjahn, Prof. Dr. Ing. Udo Becker, Prof. Dr. Gerhard de Haan, Prof. Dr. Andreas Knie, Prof. Dr. Rolf Kreibich, Prof. Dr. Heike Molitor, Dr. Timothy Moss, Dr. Albert Statz, Prof. Dr. Wilhelm-Günther Vahrson, Prof. Dr. Hubert Wiggering

Geschäftsstelle NHB

Karl-Heinrich v.Bothmer (Leiter)

bothmer@pik-potsdam.de

Martin Batta-Lochau

batta@pik-potsdam.de

Postfach 60 12 03, 14412 Potsdam

Tel.: 0331 288-2514/ -20767

Stellungnahme des Beirats für Nachhaltige Entwicklung (NHB) zur Nachhaltigkeitsstrategie des Landes Brandenburg

Die Verabschiedung der Landesnachhaltigkeitsstrategie setzt ein wichtiges Signal für konkrete Umsetzungsschritte in nächster Zukunft.

Der Beirat für Nachhaltige Entwicklung begrüßt die umfassende und in vielen Punkten detailliert ausgearbeitete Strategie für eine nachhaltige Entwicklung des Landes Brandenburgs, die die Landesregierung nach einem ausführlichen gesellschaftlichen Dialogprozess vorgelegt hat. Der Beirat hat sich über einen Zeitraum von vier Jahren aktiv beratend an der Erarbeitung beteiligt. Die Nachhaltigkeitsstrategie stellt eine gute Grundlage für eine nachhaltige und zukunftsorientierte Entwicklung dar und eröffnet neue Perspektiven für das Handeln der Landesregierung und aller gesellschaftlichen Akteure. Damit kann eine Aufbruchsstimmung in Brandenburg initiiert werden.

Die Landesregierung verpflichtet sich damit, ihre Politik an den Maßstäben der Nachhaltigkeit auszurichten. Um die Strategie praktisch umzusetzen, skizziert die Landesregierung ein Grundverständnis von Nachhaltigkeit und formuliert Leitvorstellungen in ausgewählten politischen Feldern sowie konkrete Ziele, Maßnahmen und Projekte, die nun Eingang in die Fachpolitiken finden müssen. Mit der Nachhaltigkeitsprüfung zentraler Vorhaben, der Überprüfung der

Wirksamkeit der Politik durch möglichst quantifizierte Indikatoren und einer Nachhaltigkeitsberichterstattung trägt die Landesregierung der Notwendigkeit eines Nachhaltigkeits-Managements ihrer Politik Rechnung. Maßnahmen zu nachhaltigem Verwaltungshandeln, z.B. die Anwendung ökologischer und sozialer Kriterien bei der öffentlichen Auftragsvergabe und Beschaffung sowie Schritte hin zu einer CO₂- neutralen Landesverwaltung müssen nun von ihr in Angriff genommen werden, damit sie ihrer Vorbild- und Vorreiterrolle gerecht wird.

Der Beirat begrüßt es ausdrücklich, dass Nachhaltigkeit nicht nur als Sache der Landesregierung sondern des ganzen Landes und damit als ein fortdauernder gesellschaftlicher Such- und Lernprozess angesehen wird. Die Politik muss alle gesellschaftlichen Kräfte - Wirtschaft, Zivilgesellschaft, Verwaltung - an der Gestaltung dieser Herausforderung beteiligen und die Voraussetzungen dafür schaffen, dass Nachhaltigkeit gelebt werden kann. Die Landesregierung ist ihrem selbst gesetzten Anspruch gefolgt, die Strategie in einem breiten gesellschaftlichen Dialog zu erarbeiten. Sie hat sich damit auf neue Formen des Miteinanders und der Auseinandersetzung eingelassen, bekräftigt so die Bedeutung gesellschaftlicher und politischer Partizipation und markiert damit auch einen neuen Abschnitt in der Diskussion um eine nachhaltige Entwicklung in Brandenburg. Um dies zu unterstreichen, wäre es wünschenswert gewesen, sich auf die Vielzahl der nachdenkenswürdigen Anregungen des Konsultationsprozesses in der Strategie stärker einzulassen. Stattdessen fällt die Strategie in einigen Belangen hinter den im November 2013 veröffentlichten Entwurf zurück. So wurden vom Beirat vorgeschlagene und im ersten Entwurf formulierte Maßnahmen sowie die Forderungen aus den Dialogveranstaltungen zur Stärkung nachhaltigen Handelns in den Kommunen nur unzureichend berücksichtigt. Auch bereits vom Kabinett am 8. Februar 2011 mit den Eckpunkten für eine Landesnachhaltigkeitsstrategie beschlossene Inhalte und Maßnahmen finden sich in der nun vorgelegten Strategie nicht wieder. Der Beirat ermuntert die Landesregierung ausdrücklich dazu, Partizipation nun insbesondere auch im Umsetzungsprozess konkret zu ermöglichen und aktiv zu unterstützen. Dies dient der Glaubwürdigkeit der Landespolitik.

Zu einzelnen Kapiteln und Handlungsfeldern der Landesnachhaltigkeitsstrategie

Die Orientierung am Leitbild der nachhaltigen Entwicklung, deren Tragweite anhand von vier Kernfragen in der Landesnachhaltigkeitsstrategie umrissen wird, erfordert einen grundlegenden Wandel unserer derzeitigen Wirtschafts- und Lebensweise mit einem deutlichen Perspektivwechsel in nahezu allen Handlungsschwerpunkten und -feldern. Die beschlossene Strategie stellt einen wichtigen Schritt in diese Richtung dar. Der offene Umgang mit Konflikten und die gemeinsame Suche nach gesellschaftlich tragfähigen Lösungen sind dafür unerlässlich. Hier hat der Dialogprozess ermutigende Zeichen gesetzt. Der Beirat wie auch zahlreiche gesellschaftlichen Akteure hätten es allerdings begrüßt, wenn mehr Offenheit für weitere Themen, insbesondere den vom Beirat vorgeschlagenen Schwerpunkt „Biodiversität und Landnutzung“ bestanden hätte.

Auch in schwierigen Themenfeldern wie *Energie und Klima* hat eine konstruktive Auseinandersetzung stattgefunden, die Mut für die zukünftige Umsetzung macht. Exemplarisch zeigt sich dies in dem Konflikt um die Braunkohlenutzung. Wie der Beirat bereits in seiner Stellungnahme zur Energiestrategie 2030 detailliert ausgeführt hat, ist eine dauerhafte Braunkohlenutzung mit einer nachhaltigen Entwicklung nicht vereinbar. Die Ausweisung neuer Tagebaugebiete hat steigende CO₂-Emissionen für die nächsten Jahrzehnte zur Folge und steht im Widerspruch zur erklärten Absicht der Landesregierung zur Emissionsminderung. Erforderlich ist aus Sicht des Beirats und weiterer gesellschaftlicher Akteure ein klares Bekenntnis zu 100% erneuerbaren Energien mit einem sozial- und umweltverträglichen Ausstiegsszenario für die Nutzung fossiler Energieträger in einem definierten Zeithorizont bis 2050. Ein Energie- und Klimaschutzgesetz könnte hier die notwendige Verbindlichkeit schaffen. Der sozialverträgliche Ausstieg aus der Braunkohle erfordert dabei Alternativen für Wirtschaft und Arbeit in der Lausitz. Am Diskurs hierzu beteiligt sich der Beirat gerne.

Im Handlungsschwerpunkt *Wirtschaft und Arbeit* in der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg hat sich die Landesregierung zu einer Stärkung der Umweltpartnerschaft bekannt und damit auch ihre Bereitschaft gezeigt, den Dialogprozess fortzuführen. Ein klares Zeichen setzt auch die beabsichtigte Einbeziehung von Nachhaltigkeitskriterien bei der Förderung von Clustern und regionalen Wachstumskernen.

Der Beirat bedauert, dass im Handlungsschwerpunkt *Lebenswerte Dörfer und Städte* nicht der vom Beirat und auch im Dialogprozess von den gesellschaftlichen Akteuren geforderte Perspektivwechsel zum tragen kommt. Danach sollten die Bedürfnisse der Menschen im Land Ausgangspunkt für die zu entwickelnde Daseinsvorsorge sein. Noch immer richtet sich der Blick zu einseitig auf die (bestehenden) Infrastrukturen.

Im Handlungsschwerpunkt *Zukunftsfähige Finanzpolitik* erkennt die Landesregierung die Notwendigkeit, die überbordenden Finanzmärkte zu regulieren, auch sieht sie richtigerweise die Sinnhaftigkeit von Gemeinwohlbilanzen. Das von Beirat und Akteuren erwartete Bekenntnis zu einer gerechten Verteilung von Lasten und Nutzen, Einkommen und Vermögen finden sich allerdings ebenso wenig in der Landesstrategie wie Eckpunkte einer sozialökologischen Steuerreform.

Der Beirat begrüßt, dass im Handlungsschwerpunkt *Bildung und Nachhaltige Entwicklung* formulierte Bekenntnis zu Teilhabe und Chancengerechtigkeit sowie zur Notwendigkeit, Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) in allen Bildungsbereichen zu verankern. Die Idee der „nachhaltigen Bildungslandschaften“ wird zwar aufgegriffen, aber leider nicht durch entsprechende Maßnahmen unteretzt.

Zusammenfassende Würdigung

Der Beirat begrüßt den mutigen Schritt der Landesregierung zu dieser Strategie Nachhaltiger Entwicklung des Landes Brandenburg. Dies setzt ein wichtiges Signal für die konkrete Umsetzung in nächster Zukunft. Viele Details des Umsetzungsprozesses liegen naturgemäß in der Verantwortung der künftigen Landesregierung. Die amtierende Landesregierung ist durch den Dialog- und Konsultationsprozess bereits bestens mit den Themen, Zielen und Problemen vertraut. Daher erwartet der Beirat von dieser Landesregierung ein klares Bekenntnis zum raschen Einstieg in die Umsetzung der Strategie sowie zur Einsetzung dazu geeigneter Strukturen, wie z.B. der bisher bewährten Interministeriellen Arbeitsgruppe und dem Beirat für Nachhaltige Entwicklung. Damit kann sie ein deutliches Zeichen dafür setzen, dass der Verabschiedung der Strategie nun möglichst rasch konkrete Umsetzungsschritte folgen sollen.

Potsdam, den 08.05.2014